

Position der Abgeordneten:

(in alphabetischer Reihenfolge) Gökyay Akbulut, Simone Barrientos, Gösta Beutin, Michel Brandt, Christine Buchholz, Anke Domscheit-Berg, Sylvia Gabelmann, Caren Lay, Sabine Leidig, Niema Movassat, Cornelia Möhring, Norbert Müller, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Martina Renner, Kirsten Tackmann, Kathrin Vogeler, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel (Stand 09.01.2019, 08.30 Uhr)

zur Klausur der Bundestagsfraktion Die LINKE am 10./11.01.2019

Position zu Aktivitäten der Initiative „Aufstehen“ im Jahr 2019

Im August 2018 wurde unter maßgebender Führung und Beteiligung von Mitgliedern der Linksfraktion im Bundestag die Initiative „Aufstehen“ begründet. Auch aktuell wird sie im wesentlichen von Mitgliedern der Bundestagsfraktion Die LINKE in der Öffentlichkeit vertreten. Dabei ist festzuhalten, dass die öffentliche Wirkung dieser Initiative und ihre kontroverse Debatte 2018 der Linken -zurückhaltend formuliert- keinen Nutzen gebracht haben.

Für 2019 wurden von „Aufstehen“ neue Vorhaben angekündigt: Geplant ist bis Ende März eine Debatte im Internet zu einem Regierungsprogramm und anschließend dazu ein Kongress im Frühsommer. Diese Aktivitäten werden also in den heißen Phasen zu Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen 2019 stattfinden. Deshalb kann die Außenwirkung von „Aufstehen“ in den kommenden Monaten weder der Partei noch der Bundestagsfraktion gleichgültig sein. Es liegt in unserer politischen Verantwortung, die Wiederholung der vergangenen Auseinandersetzungen zu verhindern.

Das erfordert Respekt. So ist einerseits die Pluralität in der Linken zu respektieren. Unverzichtbar ist für uns zugleich der Respekt vor Programm und Satzung der Partei. Sie bilden für das Handeln der Mitglieder der Linken einen verbindlichen Rahmen. Dieser wurde vor der Bundestagswahl auch von allen Kandidat\*innen, die für uns angetreten sind, schriftlich anerkannt. Wir erwarten daher von Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag, die in der Initiative „Aufstehen“ mitwirken, die Einhaltung und Durchsetzung folgender Grundsätze:

1. Keine Unterstützung von politischen Forderungen von „Aufstehen“ die im Widerspruch zu den programmatischen Forderungen der Linken stehen.
2. Eindeutige und konsequente Abgrenzung durch „Aufstehen“ gegenüber allen Personen die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische, antimuslimische oder andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Erscheinung getreten sind.
3. Konkurrenz kandidaturen von „Aufstehen-Initiativen“ bei den Europa-, Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen werden definitiv ausgeschlossen.
4. Verzicht auf die mehrfach artikulierte Absicht, bei der Durchsetzung inhaltlicher Positionen und bei der Aufstellung von Listen mit Hilfe äußerer Drucks Entscheidungen in der Partei zu präjudizieren. Es gilt der Respekt vor den Grundsätzen der innerparteilichen Willensbildung in der Partei.